





zepte pp. mit lösenden Angaben, die nicht Unwahres enthalten und dennoch den Leser irreführen. Angebliche Ersatzmittel für Butter oder Schmalz, die in Wahrheit weit entfernt sind, welches oder Ähnliches wie diese Fette für die Ernährung zu leisten und nur zur Verpeudung wertvoller Stoffe führen, dürfen künftig nicht mehr hergestellt oder vertrieben werden. Endlich sind für Margarine, die man vielfach stark mit Wasser verfälscht, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse, die (Gegen) bis zu denen ausreichten, falls der Fettgehalt sinken und der Wassergehalt steigen darf, auf 70 Prozent und 30 Prozent festgelegt.

Gegen den Wucher. Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, steht die Organisation einer Zentralstelle zur Bekämpfung des Wuchers bei Gegenständen des täglichen Bedarfs durch den preussischen Minister des Innern unmittelbar bevor.

## Aus dem Kreise Wiesbaden.

### Notsschrei der Bäcker im Landkreis Wiesbaden.

Auch im Landkreis Wiesbaden muß dem Brot laut Bundesratsverordnung das nötige Kartoffelquantum, ob Frischkartoffeln oder Kartoffelpräparat, zugelegt werden. Diese Verordnung besteht zu Recht und wehe dem Bäcker, der den Vorschriften nicht genau nachkommt. Das Brotgetreide soll so gestreckt werden, daß wir bis zur neuen Ernte damit auskommen. Gegen die Vorschriften wäre schließlich an sich nichts zu sagen, wenn der Kreis-Ausschuß für den notwendigen Kartoffelzuß sorgen würde. Aber schon Wochenlang ist es nicht möglich, auch nur einen Satz Kartoffelstärkemehl oder 1 Pfund Frischkartoffeln zur Streckung des Brotgetreides zu bekommen. Die Beamten auf dem Landratsamt erklären einfach: „Es ist nichts da!“ Die Bäcker sind daher gezwungen, ohne Streckungsmittel zu backen, trotzdem sie dann gegen die Bundesratsverordnung verstößen. Der Gendarm, der irgendwo feststellt, daß Brot ohne Kartoffelzuß gebacken worden ist, macht, ohne sich an etwas zu stören, die Anzeige.

Wo soll nun der Bäcker Kartoffelmehl oder Kartoffelpräparat hernehmen, wenn ihm der Kommunalverband nichts zur Verfügung stellt? Ist es nicht widersinnig, wenn auf der anderen Seite von dem Gendarm verlangt wird, unter allen Umständen die Bundesratsverordnung einzuhalten? Es bleibt nichts anderes übrig, als es einmal auf eine Anzeige ankommen zu lassen, damit diese Angelegenheit bis zur höchsten Gerichtsinstanz ausgetragen werden kann.

Dann noch eine Frage: Wo bekommt der Bäcker das fehlende Mehl her, wenn er gezwungen ist, ohne Streckungsmittel zu backen? Für eine Brotkarte stellt der Kreis-Ausschuß 1295 Gramm Mehl zur Verfügung, der Bäcker benötigt für einen 4 Pfund-Laib Brot 1500 Gramm Mehl, wo bleiben da die fehlenden 205 Gramm?

Die Zustände sind es wirklich wert, einmal öffentlich behandelt zu werden. Und wir geben den Notsschrei der Bäcker gerne wieder, weil direkt und indirekt die konsumierende Bevölkerung der leidtragende Teil bei solchen Verordnungen ist.

Unterliederbach, 28. Juni. (Gemeindevertreterwahl.) Am Donnerstag den 29. Juni findet abends von 7 bis 8 Uhr die Wahl für den Gemeinderat. Der die Wahl abgelehnt hatte, statt. Es wählt die III. Klasse; als Kandidat ist der Genosse Eduard Brönnert, Bäcker, vorgeschlagen. Es ist Pflicht jedes Genossen, zur Wahl zu gehen, zumal dies ohne jeglichen Verlust an Arbeitsverdienst geschehen kann.

Biebrich, 28. Juni. (Er'sänt.) Der Kassenbote des Vorschauvereins, Karl Bauer, hat sich heute nacht in seiner Wohnung erhängt. Das Motiv zur Tat liegt wahrscheinlich in dem Verlust seines Sohnes, der als vermisst gemeldet wird.

## Aus den umliegenden Kreisen.

### Regelung der Obstausfuhr in Hessen.

Zu den von der hessischen Regierung festgesetzten Höchstpreisen für Erzeuger und Verbraucher teilt das amtliche Organ erläuternd mit, daß die Ausfuhr von Obst nach nicht-hessischen Orten, die auch früher Obst aus Hessen erhielten, grundsätzlich nicht unterbunden werden soll. Die Kreis-

### Der Erfinder des Holzpapiers.

Vor hundert Jahren, am 27. Juni 1816, wurde in Göttingen in Sachsen der Erfinder des Holzpapiers, Friedrich Gottlob Keller, geboren. Er war ein armer Weber, der eines Tages in einer Zeitung einen Artikel über die damals herrschende allgemeine Papiernot las. Dies brachte ihn auf den Gedanken, Papier statt, wie damals noch allgemein üblich, aus Lumpen, aus Holzfasern herzustellen. Die genaue Untersuchung der aus Holzfasern künstlich aufgebauten Papierelemente gaben ihm zuerst eine Anregung, die er in rastlosem Fleiß weiter verfolgte. Mittels eines einfachen Schleifsteines begann er kleine Holzschlägen zu schleifen und formte das im Wasser des Schleifsteines sich ansammelnde Holzpulver zu einem dicken Brei, den er presste und trocknete. Auf diese Weise gelang es ihm, im Jahre 1839 das erste Stück Holzpapier herzustellen, das den Grund zu der gewaltigen Papierindustrie legte, die heute alljährlich für etwa eine halbe Milliarde Mark Holz zu Papier verarbeitet. Leider hat Gottlob Keller das Los so vieler Erfinder teilen müssen: Es fehlte ihm an Mitteln, sein Patent gewinnbringend auszunutzen, und so hatte er das Unglück, zu sterben, wie andere mit seiner Erfindung Millionäre wurden. Im Jahre 1895 ist er in Arrippen bei Schandau gestorben, nachdem ihm durch freiwillige Spenden der großen Papierfabrikanten wenigstens ein sorgenfreies Alter beschieden war. Am 9. Oktober 1905 wurde dem armen Weber auf dem Gellertplatz zu Göttingen ein Denkmal errichtet.

### Der älteste Bürger Brüssels freit.

Das Fundament des berühmten „Männchen-Bis“ ist, so geht ein Gerücht, reparaturbedürftig, und die deutschen Landstümer müssen für einige Zeit auf den feucht-schlägigen Anblick verzichten, der so viele erfreute. Sei es, daß es wichtigeres nicht zu melden gab — jedenfalls gelangte die Nachricht vom Streik des Mannchens nach Holland und bis Göttingen, und der bewegliche Geist der Pflichtlingspreste ruhte nicht eher, als bis er die Landesgenossen über den tiefen Sinn dieser Arbeitseinstellung aufklären konnte. Der Patriotismus der Belgier zeigt sich bekanntlich auch darin, daß sie aus Opposition gegen die deutsche Verwaltung die Arbeit verweigern. Wurde da der „Älteste Bürger Brüssels“ zurückgefallen? Selbstverständlich schloß er sich den Streikenden an und stellte seine Tätigkeit ein: auch ihm verbot sein Patriotismus, noch länger für die Deutschen zu „arbeiten“.

unter sind aber anzuhaken, dafür zu sorgen, daß nicht etwa durch übermäßige Ausfuhr die Versorgung des eigenen Landes mit Obst in Frage gestellt wird, doch soll verhindert werden, daß Obst, das nunmehr zu den herabgesetzten Preisen in Hessen aufgefällt wird, nach außerhessischen Orten ohne Höchstpreise ausgeführt und dann von den Händlern mit noch erheblich höherem Gewinn weiterverkauft wird. Die Ausfuhr ist deshalb nur dann zulässig, wenn:

1. der Kommunalverband, nach dessen Obst ausgeführt werden soll, dem Kreisamt des Ausfuhrortes allgemein die Verpflichtung übernimmt, dafür Sorge zu tragen, daß bei dem Weiterverkauf des Obstes die für Hessen festgesetzten Preise nicht überschritten werden;

2. der für die Ausfuhr des Obstes auszustellende Verkaufsschein (Frachtbefehl u.ä.) als Adressat den betr. Kommunalverband bezog, die Stadt oder Gemeindeverwaltung oder die von denselben namhaft gemachten Stellen aufweist.

Diese Maßnahme dürfte auch für die nicht-hessischen Orte, nach denen hessisches Obst ausgeführt wird, den großen Vorteil zeigen, daß die dort zum Teil gezahlten Obstkaufpreise in günstigem Sinne beeinflusst werden.

Obst, 28. Juni. (Bericht undemittelte) Diese Frage muß aufgemerkt werden, wenn man so manchmal beobachtet kann, wie bei Ausgabe von Lebensmittelkarten reich in arm verhandelt wird. So wird uns aus Höchst berichtet, daß sich bei der Abkempfung als „Unbemittelter“ auch der Schuhmachermeister A. Fren, Knecht 9, meldete und seine Karte abgelehnt bekam. Dieser Mann ist Hausbesitzer, Schuhmachermeister mit gutsitulierter Haushaltung, hat bedeutende Vorräte im Keller liegen — nebenbei ist er Patriot bis auf die Knochen —, seine beiden Söhne von 25 und 28 Jahren sind zellamirte Herren der Fachwerke, sonst aber feingefund als Sportsleute erster Klasse. Der eine Sohn hat über 2000 Mark Gehalt, der andere 1500 Mark. Der Meister hat das Haus voll Schlafzenger und Geld auf der Sparkasse. Gehört eine solche Familie zu den Unbemittelten? Der Herr A. Fren macht folgende Angaben: Hypothek auf's Haus, schlechtes Geschäft, die Söhne geben nur Kostgeld ab. Der Elender dieses erinnert sich aber noch recht genau eines Ausspruches dieses Rinderbemittelten, der da lautete: „Solange meine Söhne ihre Hüte unter meinen Tisch stecken, geben sie ihr Geld auf Heller und Pfennig ab.“ Der ältere Sohn bekommt Sonntags 8 Mark, der jüngere 5 Mark Taschengeld.“ Vielleicht untersucht die Lebensmittelkommission den Fall, um auch gleichmäßig viele andere „Rinderbemittelte“ einmal auf Herz und Nieren zu prüfen. Bei armen Teufeln ist man nämlich auch nicht so.

Gonau, 28. Juni. (Um das tägliche Brot.) Nach den Beschlüssen der Notstandskommission wird von nächster Woche ab die Butter, soweit wie vorhanden, in gleicher Weise verteilt, wie das Fleisch. Es werden bestimmte Stunden und Tage der Woche festgelegt und die Verkaufsstellen bekanntgegeben. Die Ernährungsfragen werden immer enger, und allmählich spielen sich vor den Lebensmittelgeschäften recht unliebsame, bedauerliche Szenen ab, insbesondere auch vor den beiden hiesigen Gutscheinausgabestellen in der Altstadt und in den Außenbezirken Gutscheinausgabestellen zu errichten, denn was sich am Montag und Dienstag vor den beiden Ausgabestellen abspielte, das spielt jeder Beschreibung. Zwei Ausgabestellen sind entschieden zu wenig. Was verkaufen die Frauen allein an Zeit und Stiefelschleien, bis es ihnen nach stundenlangem Warten in lebensgefährlichem Gedränge gelingt, ihre karglichen Lebensmittel zu erhalten. Leider ist es auch nicht zu vermeiden, daß Frauen, die den Ernährer spielen müssen, ihre Kinder zu den Ausgabestellen schicken, denen es natürlich noch viel schwerer fällt, mit dieser Haut dem Gedränge wieder zu entkommen.

Langensfeld, 28. Juni. (Ertrunken) ist in der Rinzia der 19-jährige Schüler Vollenstein aus Gonau-Kesselstadt. Der Junge befand sich hier in Biele. Er hat wahrscheinlich beim Baden einen Schlaganfall erlitten und so den Tod gefunden. Alle Wiederbelebungsbemühungen durch Herrn Dr. Eder-Wilstein waren leider vergeblich. — (Bericht) wird seit einigen Tagen die 53-jährige Ehefrau Margarete Mohr, Zwerchdienstliche Mitteilungen sind bei der hiesigen Polizeiverwaltung anzubringen. — (Zur Beachtung) Die hiesigen Kinder werden erlaubt, am 11. und am letzten jeden Monats bis 6 Uhr nachmittags die Zundermarken zum Zweck der Ausstellung von Bezugsscheinen beim Bürgermeister abzuliefern. Bei Versäumung dieser Frist kann die Lieferung von Zunder für den betreffenden halben Monat nicht erfolgen.

Kaiserslautern, 27. Juni. (Mäuerischer Heberfall.) Am Samstag wurde auf dem Wege von der Schiffswerft Ruffhof Herber der 19-jährige Lehrling Georg Dicht, welcher seinen und seines Vaters Wochenlohn nach Hause bringen wollte, von einem jungen Mann überfallen, in einen Busch geschleppt, gelyncht und seines Geldes beraubt. In diesem Zustand mußte er über 24 Stunden zubringen, bis er von einem Jungen am Sonntag aufgefunden wurde. Die Nachforschungen nach dem Täter waren bis jetzt erfolglos.

Worms, 28. Juni. (Gattenmord?) Der in der Kapuzinerstraße 22 in Wiete wohnende verheiratete Ruffer Wilhelm Schöfer rief den Hausgenossen bezog. Nachbarn am 23. Juni abends zu, seine Frau habe sich umgebracht. Eine herbeileitende Mitbewohnerin fand die Ehefrau Schöfer mit einem offenen Taschenmesser in der Hand und einer Wunde in der Herzgegend tot auf dem Bette liegend. Die Polizei schenkte der Darstellung des Vorfalls durch Schöfer wenig Glauben und brachte ihn in Polizeigewahrsam, zumal das Messer inzwischen von Blutspuren gereinigt worden war und ihm gehörte. Das Groß. Amtsgericht beschlagnahmte die Leiche.

Limburg, 28. Juni. (Wegen Beleidigung des Bischofs von Limburg) ist vom Landgericht Kempten am 10. April der Eisenbahnstationenleiter a. D. Johann Groß zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt worden. Sein Sohn war als katholischer Pfarrer von einem kirchlichen Gerichtshof seiner Stellung entbunden worden. Der Bischof von Limburg hatte auf die Berufung des abgesetzten Pfarrers hin das frühere Urteil bestätigt, weil festgestellt sei, daß der Pfarrer nicht nur Abneigung, sondern daß in der Gemeinde herborgerufen habe. Um seinem Sohne, der jetzt eine andere Pfarre inne hat, zu nützen, hat der Angeklagte verschiedene Briefe an den Bischof geschrieben, in denen er schwere Vorwürfe erhob und eine Reihe verlebender Ausdrücke anwendete. Das Gericht hat festgestellt, daß er zwar die berechtigten Interessen seines Sohnes wahrgenommen hat, aber des Schutzes des § 193 St.-G.-B. nicht teilhaftig werden kann, weil aus der gewählten Form die Absicht der Beleidigung hervorgeht. Die

Revision des Angeklagten gegen dieses Urteil, welche Verurteilung des § 193 rügte, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Lauterbach, 27. Juni. (Der Krieg.) Aus Grem über den Verlust eines Sohnes und Schwiegerjohnes, die im Felde fielen, stürzte sich eine hiesige ältere Frau aus dem Fenster ihrer im dritten Stock belegenen Wohnung. Sie erlitt lebensgefährliche Verletzungen und mußte der Göttinger Klinik zugeführt werden.

Wittenberg a. M., 27. Juni. (Explosion.) Unfall.) A. Steinbrück Winterhelt bei Eichenbühl wollte der Aufseher Dedert einen nicht losgegangenen Sprengschuß nachprüfen. Das Geschloß entzünd sich und verletzte den Mann am ganzen Körper in lebensgefährlicher Weise. Im hiesigen Krankenhaus wurde Dedert bereits ein Arm abgenommen.

## Aus Frankfurt a. M.

### Mitteilungen des Lebensmittelamtes.

Spiritus für Rinderbemittelte. Die Ausweiskarten für Brennspiritus an Rinderbemittelte nebst den Bezugsmarken für Juli werden den Antragstellern in den nächsten Tagen zugehen. Die Verkaufsstelle, bei der der Inhaber den Spiritus zu beziehen hat, ist aus der Ausweiskarte zu ersehen. In den Vororten konnten mit Rücksicht auf die jetzigen schwierigen Transportverhältnisse besondere Verkaufsstellen nicht eingerichtet werden. Die Verkaufsstellen für die Vororte sind jedoch so gewählt, daß sie möglichst günstig zu den Vorortbezirken liegen. Der Spiritus zu gewerblichen Zwecken beziehen will, hat sich an das Verkaufskontor der Spiritus-Zentrale, am Hauptgüterbahnhof 183, zu wenden.

Schweinefleisch, Margarine. Da das von der Stadt herausgegebene Schweinefleisch nicht ganz ausreicht, um in den Butten abgebestellen alle eingeschriebenen Kunden bedienen zu können, mußte den Buttenabgebestellen aus dem freien Handel beschaffte Margarine zum Verkauf überwiesen werden, die zum Preise von 2,55 Mark das Pfund (41 Pfennig für 80 Gramm) abgegeben wird. Die von Mittwoch den 28. ds. Mts. ab zum Verkauf kommende Margarine ist der Stadt von der Regierung schließmäßig überwiesen und kostet 2.— Mark das Pfund (32 Pfennig für 80 Gramm).

Ersatz für Kartoffeln. Um dem Kartoffelmangel abzuwehren, werden in dieser Woche durch die Kleinhandels-Geschäfte abgegeben: 70 000 Kilogramm Teigwaren, 15 000 Kilogramm Erbsenmehl, 15 000 Kilogramm Maismehl.

Fischfleisch. Bei der jetzigen Lage des Lebensmittelmarktes ist es nötig, daß sich die Bevölkerung hauptsächlich den Waren zuwendet, die in größerem Umfange zur Verfügung gestellt werden können, wie z. B. Seringen, Salzischen, Klippischen. Diese Fischsorten bilden infolge ihres hohen Eiweißgehaltes einen vollen Ersatz für Fleisch. Ihr Genuß kann daher nur dringend empfohlen werden. Ferner wird erneut darauf hingewiesen, daß frische Seefische auch im Sommer wohlschmeckend sind. Ihr Bezug wird von der Stadt mit allen Mitteln gefördert.

Verzehrung der Rationierten. Die Frage, wie die Rationierten mit Lebensmittelversorgung versorgt werden können, damit die Arbeiter während der Arbeitsdauer dort eine Rastzeit einnehmen können, wird in den nächsten Tagen geregelt werden.

Lebensmittelkarten. In der neuen Lebensmittelkarte, die ab 10. Juli eingeführt wird und für sechs Perioden, also nahezu 1/2 Jahr gilt, sind sämtliche Lebensmittel, die bisher auf zwei Karten verteilt waren, enthalten. In der neuen Lebensmittelkarte werden die angemessenen Rationen aufgerechnet. Außerdem wird vom 10. Juli ab eine Fleischkarte eingeführt, die voraussichtlich vierwöchige Gültigkeitsdauer haben wird. Gleichzeitig mit der neuen Lebensmittelkarte werden auch die neuen Lebensmittelausweise abgegeben. Röhres wird demnächst noch bekannt gegeben.

Eine interessante Berichtigung. Zu unserem gestrigen Artikel: „Verhohrte Parteigenossen“, steht uns heute Genosse Rich. Otto, der stellvertretende Sekretär für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. eine prächtige Berichtigung, in der er unsere Darstellung von der Abgabe der Resolution an den Berichterstatter des „General-Anzeiger“ als unrichtig bezeichnet. „Wahr ist vielmehr,“ schreibt Otto,

„daß ein Genosse, der nach Schluß der Konferenz im Tagungslokal erschien und eine Resolution von mir verlangte, von mir keine solche erhalten hat. Ich konnte ihm gar keine geben, weil die Resolution abgeändert wurde und ich nur ein Exemplar der abgeänderten Resolution in der Hand hatte. Bei einigermaßen gutem Willen müßte dies auch die Redaktion haben feststellen können, daß diese im „General-Anzeiger“ als angenommen bezeichnete Resolution die von der Konferenz angenommene Resolution nicht ist. Nach dieser Feststellung fallen alle in der Darstellung erhobenen Vorwürfe und Beschuldigungen von selbst zusammen.“ Rich. Otto.

Durchaus nicht! Zunächst bleiben die Vorwürfe wegen der Beschränkung einer freien Berichterstattung bestehen. Es ist und bleibt eine unerhörte Sache, daß Sozialdemokraten parteigegenständliche Berichterstattung aus ihrem Tagungslokal hinausweisen, bloß weil man vermutet, sie könnten keinen objektiven Bericht schreiben. Dabei ist doch bisher gerade von der Sozialdemokratie die freie Meinungs- und die Unabhangigkeit der Presse als ein Palladium gepriesen und verteidigt worden! Das hätte man bei Festlegung des Beschlusses wohl bedenken sollen.

Was die von Genosse Otto bestrittene Abgabe der Resolution an den Berichterstatter des „General-Anzeiger“ betrifft, so wird uns von dem betreffenden Berichterstatter erklärt, daß er sich zunächst in der Kapuzinerstraße an den Genossen Portune gemeldet habe, der ihm erklärte, daß der Beschlus sich gar nicht gegen ihn gerichtet habe, sondern gegen die anderen wegen Ueberlassung einer Resolution verurteilt Portune ihn an Genossen Otto. Otto habe ihm die Resolution nicht selbst gegeben, wohl aber habe er gesehen, denn er habe in nächster Nähe gestanden, wie er sie dann von einem anderen Genossen (es soll Köpfe gewesen sein) erhielt. Jedenfalls hat Otto nichts getan, um die noch im Saale anwesenden Genossen zu warnen, die Resolution nicht in untern fene Hände zu geben. Die Behauptung, daß die im „General-Anzeiger“ abgedruckte Resolution nicht die von der Konferenz beschlossene Resolution sei, ist nichts wie Wortlauberei. Die Resolution hat nur einige Abänderungen und einen Zusatz erfahren, die der betreffende Genosse sich nicht notiert hatte; sonst ist aber die im „General-Anzeiger“ abgedruckte Resolution tatsächlich auch die angenommene. Jedenfalls steht die Tatsache fest, daß Teilnehmer der Konferenz einem bürgerlichen Blatt eine Berichterstattung über die Konferenz ermöglicht haben, die man der „Volksstimme“ und dem „Offenbacher Abendblatt“ unmöglich machte.